

EIN INTERVIEW MIT LUIS GUILLERMO PÉREZ ÜBER TRANSITIONAL JUSTICE IN KOLUMBIEN

Luis Guillermo Pérez, Präsident des Rechtsanwaltskollektivs *José Alvear Restrepo*, sprach mit *peace brigades international* über *Transitional Justice* (Übergangsjustiz) in Kolumbien.

pbi: Wie würden Sie den Fall Kolumbien bezüglich Transitional Justice beschreiben?

Luis Guillermo Pérez: In Kolumbien gab es schon Fälle von *Transitional Justice*, aber zu diesem Zeitpunkt wurden sie noch nicht als solche erkannt. Dieses Konzept des Internationalen Rechts ist relativ neu und erst in den letzten beiden Jahrzehnten entstanden. In ganz Kolumbien ist es seit der Unabhängigkeit im Jahre 1810 bis in die Gegenwart hinein immer wieder zu verhandelten Lösungen für bewaffnete Konflikte gekommen. Mehr als 60 dieser Prozesse konnten interne Kriege oder Bürgerkriege mittels Begnadigungen bzw. Amnestien beenden.

Heute jedoch ist die Situation aufgrund des Gesetzes 1448 von 2011 anders, worin der Präsident Juan Manuel Santos, im Gegensatz zu seinem Vorgänger, öffentlich anerkennt, dass Staatsverbrechen existieren und Opfer eine Wiedergutmachung erhalten müssen. Das Problem mit diesem Gesetz ist aufgrund der mehr als sechs Millionen Opfer in Kolumbien, dass durch den administrativen Entschädigungsprozess die Möglichkeit einer juristischen Wiedergutmachung eingeschränkt ist. Somit werden Opfer für erlittene Schäden nicht entschädigt, was zu signifikanter Unzufriedenheit führt.

Der Präsident hat im Rahmen seines Entwicklungsplanes auch angeboten, zwei Millionen Hektar Land zurückzugeben, doch nur zwanzigtausend wurden tatsächlich verteilt und nicht unbedingt an die Bedürftigsten. Somit ist der Prozess bisher gescheitert. Mehr als 70 Anführer der Landrückgabe-Prozesse wurden ermordet, da man *Transitional Justice* nicht mitten in einem Krieg anwenden kann.

pbi: Was sind die Hauptschwierigkeiten bei der Entwicklung von Mechanismen, die für Transitional Justice in Kolumbien notwendig sind?

LGP: Ich würde sagen das Haupthindernis ist, dass ein solider Friedensprozess fehlt. Es gibt zwar Gespräche, aber die Möglichkeit der Beendigung des Konflikts ist noch immer weit entfernt. Die zweite Schwierigkeit ist die Tatsache, dass es keine wesentliche Umstrukturierung des Staates gab und viele Mitglieder des Staatssicherheitsapparates selbst Gegner des Friedensprozesses sind. Das dritte Hindernis ist, dass der Krieg eindeutig ein großes Geschäft für bestimmte wichtige Sektoren in diesem Land ist, sowie für viele Mitglieder der Streitkräfte und des Militärs selbst, das eines der größten der Welt ist. Kolumbien hat mehr als 530.000 Soldaten und Polizisten, die für die nationale Sicherheit zuständig sind, oder Unsicherheit, je nach Interpretation derjenigen Fälle, in denen sie in Friedensbrüchen und Verletzungen der Menschenrechte teilnehmen. Das US-Militär hat 450.000 Männer, die Krieg zu einem guten Geschäft machen. Wie kann man 530.000 Menschen ernähren? Wie verkauft man Uniformen für 530.000 Männer? Wo kauft man Waffen und Munition für 530.000 Männer? Dies ist das Geschäft des Krieges. Das Geschäft mit dem Krieg, von dem viele Menschen profitieren, ist ein riesiges Hindernis.

Und das vierte Hindernis hängt mit Verordnungen bzw. Vorschriften auf Papier zusammen, denn die Anwendung von Vorschriften ist im Endeffekt anders als die verschriftlichte Variante, das Gerechtigkeits- und Friedens-Gesetz (*Ley de justicia y paz*) ist nur ein Beispiel. Dieses Gesetz, überprüft durch zahlreiche Entscheidungen des Verfassungsgerichts, hätte sehr hilfreich für die Aufklärung vieler Fälle von schmutzigem Krieg in Kolumbien sein sollen. Aber aufgrund bedrohter mächtiger Interessen, wurden Menschen davon abgebracht zu sprechen, sodass das Gesetz im Endeffekt als Misserfolg gesehen werden muss.

Aber wir müssen anerkennen, dass die Paramilitärs einige wichtige Wahrheiten für Kolumbien ans Licht gebracht haben, wie etwa die Tatsache, die Menschenrechtsverteidiger kontinuierlich angeprangert haben, dass der Paramilitarismus kein vom Staat unabhängiges Phänomen ist, sondern im Gegenteil eher durch den Staat geschaffen und durch die bewaffneten Streitkräfte als Strategie des schmutzigen Krieges entwickelt wurde. Dies wurde von vielen der Strafverfahren der sieben Beschlüsse des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte gegen Kolumbien zu diesem Thema bestätigt. Und abschließend würde ich sagen, dass diese Versuche von *Transitional Justice* auch gescheitert sind, weil eine nationale Debatte über die Frage von Gerechtigkeit in diesem Land noch aussteht, genauso wie über das kolumbianische Gefängnisssystem: Was verstehen wir unter Inhaftierung? Was würden alternative Strafen für uns bedeuten?

pbi: Transitional Justice ist nicht nur Strafjustiz; sie muss einen Nutzen für die Wahrheit, Erinnerung, umfassende Wiedergutmachung und institutionelle Reformen erfüllen. Was schlägt die Zivilgesellschaft vor, um das zu erreichen?

LGP: Es gibt viele Vorschläge, aber lasst uns mit einem beginnen, der nicht aus der Zivilgesellschaft kommt, sondern von unserer eigenen Regierung und über den ich bisher noch nicht gesprochen habe: *The Legal Framework for Peace*, der aus der Verfassungsreform durch den legislativen Rechtsakt 1 von 2012 hervorgegangen ist. Damit war die Möglichkeit, eine Wahrheitskommission zu gründen, geschaffen, genauso wie die Möglichkeit, rechtliche Schritte gegen die Verantwortlichen von internationalen Verbrechen einzuleiten, seien es Guerillas, Paramilitärs oder andere.

Es gibt auch einige Probleme mit diesem Vorschlag, weil es sich dabei nicht um einen Verhandlungsprozess in einem Friedensprozess handelt, sondern eher um einen Mechanismus der Übergabe bzw. Aufgabe, zu der sich, wie die Regierung annimmt, die an den Verhandlungen beteiligten Guerilla-Gruppen bereit erklären. In der Zivilgesellschaft ist man geteilter Meinung. Es gibt diejenigen, die den *Legal Framework for Peace* unterstützen und behaupten er habe Potenzial und dass von diesem Zeitpunkt an Rechtsinstrumente entwickelt werden müssten, die die Erarbeitung von Gesetzesrecht in diesem Rahmen erlauben, um zu *Transitional Justice* und dem Friedensprozess beizutragen.

Andere Organisationen, wie unsere, glauben, dass dieser Gesetzesrahmen kaum von den Guerillas als ein Mechanismus, dem sie sich unterwerfen müssen, akzeptiert wird, da er nicht Teil von Verhandlungen im Rahmen eines Friedensprozesses ist. Daher müssen andere Lösungen zur Sicherstellung der politischen, rechtlichen und institutionellen Befriedigung der Guerilla erdacht werden. Es gibt zum Beispiel mehrere Gesetzesinitiativen, die den rechtliche Rahmen für *Transitional Justice* unterstützen und ihn als Möglichkeit einer Wiedereingliederung [in die Zivilgesellschaft] der Guerilla-Bewegung sehen.

Die kolumbianische Juristenkommission hat die Verfassungswidrigkeit des Rechtsrahmens

denunziert, da der Verzicht auf die Strafverfolgung von internationalen Verbrechen im Widerspruch zu der Verfassung steht. Das Verfassungsgericht hat aber entschieden, dass es sich dabei nicht um eine wesentliche Änderung der Verfassung handelt und dass der Rechtsrahmen versucht, einen Beitrag zum Frieden zu leisten. Es sieht jedoch vor, dass dies an die Regulierung durch Gesetzesrecht gebunden wird und dass gewöhnliches Recht Gerechtigkeit für die ranghöchsten Offiziere garantiert, die sich dem Prozess unterstellen. Vorschläge für eine Verfassungsreform des kolumbianischen Staates werden gesammelt, die darauf abzielen, dass all diejenigen, die für internationale Verbrechen verantwortlich sind, dafür belangt werden. Sie fördern auch die Einrichtung einer Wahrheitskommission, ähnlich wie von den *Gemeinschaften im Widerstand für die Friedensförderung im ländlichen Raum* (CONPAZ) vorgeschlagen, die ihre eigenen unabhängigen Vorschläge für eine Friedenskommission formulieren. Sie sehen also, Vorschläge existieren.

Unser Vorschlag ist ein Sonderfriedensgericht auf der Grundlage der Überzeugung, dass die aktuellen Verhandlungen mit der FARC eine große Chance darstellen und dass ähnliche Verhandlungen mit der ELN eröffnet werden sollten. Darüber hinaus glauben wir, dass alle, die für internationale Verbrechen verantwortlich sind, einen Weg finden müssen, ihre Verbrechen zu gestehen, dass die Opfer und die Gesellschaft Reparationen erhalten müssen, öffentliche Entschuldigungen notwendig sind und die Schuldigen sich diesem Gericht unterstellen müssen, um möglicherweise eine alternative Strafe zu erhalten. Wir glauben, dass es kein „*pick and choose*“ Tribunal für jede bewaffnete Gruppe braucht, sondern ein einziges Tribunal basierend auf klaren Regeln, in denen die Rechte der Opfer nicht verletzt werden. Wir glauben jedoch, dass alternative Strafen etabliert werden müssen.

Das heißt, wir betrachten die Gemeindearbeit als Möglichkeit der politischen Partizipation für die aufständischen Kommandeure, die sich diesem Tribunal unterstellen, dass diese vorgenannte die gleichen Bedingungen verlangen, dass sie garantieren, dass ihre Verbrechen nicht wiederholt werden, dass diese Mitglieder des Staates, die diese Verbrechen gesponsert haben und zur Aufdeckung dieser kriminellen Strukturen im Staat beigetragen haben alternative Urteile bzw. Strafen erhalten. An diesem letzten Punkt unterscheiden wir zwischen der individuellen strafrechtlichen Verantwortlichkeit von denen, die aus politischen Motiven zu den Waffen gegriffen haben, wie etwa um das Land zu verändern, die bestehenden Herrschaftsstrukturen zu verändern oder den Status quo zu ändern, von der Verantwortung eines Staatsbediensteten, der geschworen hat, die Verfassung und das Gesetz zu verteidigen und stattdessen schwere Verbrechen begangen hat; niemand zahlt Steuern, um Kriminelle für den Staat arbeiten zu lassen. Hier glauben wir, dass die Referenz für Bestrafungen, die durch das *Justice and Peace Law* etabliert wurde und eine Verdopplung der Strafe der Hauptverantwortlichen vorsieht, als Anreiz dienen könnte.

pbi: Wie können wir das Dilemma lösen, entweder die volle Anwendung von Gerechtigkeit zum Nachteil des Friedensprozesses zu stärken, oder im Gegenteil den Friedensprozess über die volle Anwendung von Gerechtigkeit für die Opfer zu stellen?

LGP: Die Frage nach Gerechtigkeit und Frieden wird auch weiterhin eine Quelle der Debatte bleiben. Klar, um Frieden zu erreichen, müssen wir traditionelle Anforderungen über die Anwendung strenger Gerichtsbarkeit aufgeben, die normalerweise bei Verbrechen mit einem internationalen Charakter und einem Ausmaß wie in Kolumbien, mit mehr als 6 Millionen Opfern, Anwendung finden würden.

Jedoch bedeutet Frieden den Verzicht auf die Anwendung dieser Ausmaße von Gerechtigkeit, somit ist die Berücksichtigung des Rahmens des *Justice and Peace Law* unvermeidbar. Vierhundert Paramilitärs, die die grausamsten Verbrechen begangen haben, werden bald aus dem Gefängnis entlassen werden. Sie haben gestanden, gefoltert zu haben, ihre Opfer bei lebendigem Leib gehäutet, verstümmelt und vergewaltigt zu haben und nun werde sie nach Gefängnisstrafen von 5 bis 7 Jahren draußen herum laufen. Dies ist eine unausweichliche Realität, mit der wir leben müssen. In einem anderen Szenario also, wo es wirklich um die Beendigung dieses internen bewaffneten Konflikts geht, müssen wir die Möglichkeiten für volle Gerechtigkeit in dem Sinne begrenzen, dass Faktoren der Konfrontation zurückgebaut werden, die ganze Kraft des Verbrechens kann in etwas Nützliches für das Land umgewandelt werden, etwas Nützliches für die Gesellschaft.

pbi: Was waren in Kolumbien die wichtigsten Errungenschaften mit Blick auf Transitional Justice?

LGP: Wenn wir über Erreichtes sprechen, müssen wir uns, wie bereits vorhin mit Blick auf die Wiedereingliederung erwähnt, darauf beziehen, dass mit dem Ende des Kalten Krieges die Berliner Mauer fiel, dass als sich die *M-19* – damals die wichtigste Guerilla-Bewegung in Kolumbien – entschied am Friedensprozess teilzunehmen, sie zur nationalen verfassungsgebenden Versammlung ging, sie an der Neudefinition der Regeln unserer Demokratie beteiligt waren und sogar den Vorsitz dieser Versammlung mit innehatten. Dies ist eine der wichtigsten Errungenschaften für Kolumbien, zusammen mit der Demobilisierung anderer Guerillagruppen wie etwa der indigenen Bewegung *Quintín Lame*, die Respekt für indigene Völker einforderte, die bis zur Verfassung von 1991 als geistig beeinträchtigt galten. Dies ist ein enormer Fortschritt und hat viel mit dem Friedensprozess zu tun.

Die wichtigste Errungenschaft jedoch, und die jüngste, kommt von dem Geständnis der Paramilitärs: Nun weiß das kolumbianische Volk von den Gräueltaten der Paramilitärs, die bis zum Prozessbeginn aufgrund der Medienberichterstattung zur Regierungszeit Uribes als Erlöser und Helden galten. Sie wurden nicht als Problem bzw. Kriminelle gesehen, sondern als Verbündete des Staates im Kampf gegen den Terrorismus.

pbi: Wie ist die Situation in Bezug auf den Schutz der Menschenrechte in den Transitional Justice Prozessen der letzten Jahrzehnte?

LGP: Naja, es bleibt ein riesiger Mangel an Anstrengungen in dieser Regierung. Diese Regierung, die die Opfer anerkannt hat, den Friedensprozess gestartet hat, bleibt eine Regierung mit tiefgreifenden Defiziten in Bezug auf die Menschenrechte. Sicher ist, dass unter der Santos Regierung fast hundert Gewerkschaftler ermordet wurden und zuletzt, erst letzte Woche, wurden mehr als tausend Gewerkschafter mit dem Tode bedroht. Auch wurden mehr als 220 Menschenrechtsverteidiger ermordet und hunderte haben Todesdrohungen erhalten.

Originalinterview (in Englisch): <http://pbicolombia.com/2014/06/24/transitional-justice/>

Übersetzung von María Ximena Amado Sánchez und Christoph Kuhlmann